

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Entschlackung der Forschungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1980) : Entschlackung der Forschungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 12, pp. 576

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135504>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Bruno Molitor

Entschlackung der Forschungspolitik

Der neue Bundesforschungsminister hatte einen schlechten Start. Damit ist nicht gemeint, daß auch sein Ressort von der längst überfälligen allgemeinen Bremsung der Staatsausgaben betroffen wird; das könnte eher als eine heilsame Aufforderung wirken, den Dschungel der fast 7000 Projekte mit 1400 Beratern und 750 Projektverwaltern zu durchforsten, die der Bund zur Zeit direkt fördert. Vielmehr glaubte der Minister, kaum daß er vierzehn Tage im Amt war,

sich mit forschenden Beschwörungen der Öffentlichkeit vorstellen zu sollen: Falls die Elektrizitätswirtschaft sich nicht freiwillig bis zu 30 % an den Entwicklungskosten des Schnellen Brüters (bisher 7 %) und des Hochtemperaturreaktors (bisher 20,5 %) beteiligt, sei eine „Forschungssteuer“ nach Art des immer noch existierenden Kohlepennings (jährlich rund 2 Mrd. DM) ins Auge zu fassen.

In fataler Weise wird man an die Übung der bildungspolitischen Bürokratie erinnert, die jedesmal, wenn das Angebot der Wirtschaft an Lehrstellen schwankt, mit der Inkraftsetzung der „Ausbildungsabgabe“ unseligen Angedenkens droht – wahrlich eine verkehrte Welt; denn eigentlich sollte ein Unternehmen, das über seinen Eigenbedarf hinaus ausbildet, steuerlich belohnt werden.

Solche Drohgebärden sind nicht nur politisch schlechter Stil. Auch in der Sache würde ein „Atompennig“, so unschuldig er klingen mag, nur weiter von einer soliden Finanzpolitik wegführen. Was die Politiker glauben, an Staatsausgaben tätigen zu sollen, müssen sie sich im Parlament über die allgemeine Besteuerung im ordentlichen Haushalt bewilligen lassen. Sonderabgaben einmal hier und einmal dort gleichen einem Verwirrspiel, das die Kontrolle der Staatstätigkeit in der Demokratie aushöhlt. Liegen aber die Steuereinnahmen fest, so haben sich die staatlichen Instanzen nach der Decke zu strecken und, statt in Ausweichmanövern nach zusätzlichen Mitteln zu suchen, ihre Ausgabenprioritäten zu überprüfen.

So auch der Forschungsminister. Gerade in seinem Bereich gibt es eine Reihe von Projekten, die schon fachlich, um es vornehm auszudrücken, nicht unumstritten sind. Davon machen auch jene 33,8 % seiner Haushaltsmittel keine Ausnahme, die der institutionei-

len Forschung zufließen. Die politisch so einnehmende Metapher „Forschung“ pflegt nur zu leicht manches zu überdecken, was nicht Gold ist, auch wenn es glänzt.

Im übrigen liegt es sicherlich nicht an den Stromverbrauchern, wenn sich die Entwicklungskosten etwa des Schnellen Brüters nach heutigen Schätzungen auf 4 Mrd. DM verdoppelt haben. Das geht entscheidend auf politische Unentschlossenheit und Verzögerungen zurück. Und schon haben die Regierungen Hollands und Belgiens wissen lassen, daß sie dafür finanziell nicht mehr aufzukommen bereit sind.

Überhaupt ist es hohe Zeit, die Forschungspolitik in mehr marktwirtschaftliche Bahnen zu lenken. Bisher beherrschte einseitig die selektive Projektförderung über die Staatsausgaben das Feld. Sie aber ist nicht nur ausnehmend verwaltungsintensiv, und zwar in der Ministerialbürokratie wie bei den beantragenden Unternehmen. Sie verzerrt auch den Wettbewerb, weil sie aus der Sache heraus praktisch nur Großbetrieben zugute kommt. Überdies kann sie investitionslenkerische Gelüste nähren, wie sie auf der politischen Bühne schon expressis verbis vertreten wurden.

Dem wäre durch den Übergang zur indirekten Förderung über den Steuerabzug als Regelfall vorzubeugen. Auch die sogenannte Personalzulage, die man kürzlich dem gewerblichen Mittelstand als Trostpflaster zugestand, hätte im Steuerrecht als Anspruch ihre Verankerung zu finden. Die bisherige Technik sollte auf wenige Großprojekte beschränkt werden.

Natürlich wird das nicht ohne den Widerstand der Forschungsbürokratie abgehen, die sich in der Rolle des umworbenen Gebers aller guten Gaben gefällt. Aber nichts erscheint in unseren Zeitläufen vordringlicher, als der aufgeblähten Staatstätigkeit Paroli zu bieten.